

Kommunalwahlprogramm 2008 der FDP Kiel

Beschlossen auf dem Kreisparteitag am 23.02.2008

Vorwort	3
I. Kiel: Lebenswerte und sichere Hauptstadt an der Förde	4
II. Wirtschaft: Wachstum schafft Arbeit	6
III. Soziale Verantwortung: Teilhabe am Leben für alle	8
IV. Bildung: Das Fundament für das 21. Jahrhundert	10
V. Kultur: Mehr als die Hefe im Teig	12
VI. Energie und Klima: Ein lösbares Problem	14
VII. Haushalt: Sparen und investieren zugleich	16
VIII. Das Kieler Ostufer: Symbol für ganz Kiel	18
Unsere Kandidaten	20

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Sie halten unser liberales Angebot für die nächsten fünf Jahre in Ihren Händen. Am 25. Mai 2008 geht es nicht nur um eine kommunalpolitische Entscheidung, nicht nur um die Zusammensetzung der Kieler Ratsversammlung, sondern vor allem darum, wie wir gemeinsam Zukunftschancen unserer Stadt erarbeiten und gestalten. Kiel hat Potenziale, die wir besser nutzen wollen. Unsere Lage an der Ostsee, einem Wirtschaftsraum mit hohem Wachstum, unsere Bildungsressourcen und die weltoffenen und leistungsorientierten Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bieten eine hervorragende Grundlage für mehr Wachstum und Arbeit.

Investitionen und damit neue Arbeitsplätze gewinnen wir nur, wenn wir uns dem globalen Wettbewerb mit einer professionellen Wirtschaftspolitik stellen. Wir brauchen mehr Wirtschaftswachstum, und dazu benötigen wir eine dienstleistungsorientierte und bürgernahe Verwaltung. Wir brauchen für alle Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen und Institutionen mehr Gestaltungsfreiheit in Eigenverantwortung.

Wir brauchen eine Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik aus einem Guss. Wir brauchen eine zielgenaue Sozialpolitik, die nicht Schwächen bestätigt und alimentiert. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die den in Not Geratenen eine von ihnen zu bewältigende Alternative bietet und Initiative belohnt. Wir warten nicht, bis sich die Zeiten wieder wandeln. Wir packen an und handeln! Mit Ihrer Hilfe.

Wir machen Ihnen ein Angebot - offen, ehrlich und mit realistischen Perspektiven. Wir werben um Ihr Vertrauen. Wir wollen, dass Sie als Bürgerinnen und Bürger wissen, wofür die FDP Kiel steht. Sie müssen vergleichen können. Als liberale Partei stehen wir zu unserer Verantwortung und wollen mit inhaltlicher Kompetenz, mit Verlässlichkeit und nicht zuletzt mit frischem Elan Kiels Zukunft gestalten.

Sie allein entscheiden über Kiels Zukunft als leistungsfähige, soziale und lebenswerte Stadt. Je stärker Sie uns Liberale bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2008 machen, um so mehr können wir von dem Programm, das Sie wollen, durchsetzen. Sie entscheiden - mit Ihrer Stimme!

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Dr. Heiner Garg, MdL
Vorsitzender des FDP Kreisverbandes Kiel

I. Kiel: Lebenswerte und sichere Hauptstadt an der Förde

In Kiel reicht das **Meer bis mitten in die Stadt** - und niemand merkt's. Tatsächlich ist die Förde über weite Strecken unzugänglich. Kieler Traditionsbranchen wie Schiffbau, Marine und Seehafen belegen auf der Förde-Westseite von der Hörn bis zu den Holtenauer Schleusen ca. 50 % und auf der Förde-Ostseite bis zur Mönkeberger Stadtgrenze ca. 80 % der Uferkante.

Dabei stehen diesen Ansprüchen oft zweifelhafte Nutzungsintensitäten gegenüber, so etwa an den Innenstadtkais des Seehafens, in Teilbereichen des Arsenal und vor allem am Holtenauer Unterland in Verbindung mit dem ebenfalls weitgehend brachliegenden Flughafen. Dadurch wird die **Ansiedlung wertschöpfungs- und arbeitsplatzintensiveren Gewerbes**, aber auch eine **Öffnung der Uferkanten** für die Kielerinnen und Kieler verhindert.

Während andere Städte wie z.B. Hamburg die **Wasserlage als städtebauliches Zukunftspotenzial** längst erkannt haben, hinkt Kiel deutlich hinterher. Unser stadtentwicklerisches Leitbild ist:

"Kiel an die Förde!"

Wir kleckern nicht, wir klotzen. Wir öffnen die Innenstadt als imageprägendes Element hin zum Wasser.

Der Seehafen hat für uns eine wesentliche Stadtentwicklungs-Funktion. Er muss künftig auf kompakter Fläche hohe Wertschöpfung erzielen - heute ist es eher umgekehrt. Er muss Zukunfts-Branchen, die Arbeitsplätze schaffen und ebenfalls auf die Wasserlage angewiesen sind, Zugang zur Förde bieten. Er muss den Freizeit- und Erholungsbedürfnissen der Kielerinnen und Kieler Rechnung tragen.

Wie in den meisten deutschen Großstädten zieht es in den letzten Jahren auch in Kiel wieder mehr Menschen **aus den Vororten in die Stadt zurück** - wir begrüßen diese Entwicklung. Allerdings ging der Einwohnerzuwachs fast ausschließlich auf das Konto großer Eigenheim-Quartiere wie Suchsdorf an der Au und Meimersdorf. Wir befürchten, dass die Stadtfucht wieder voll einsetzt, wenn diese Gebiete schon in wenigen Jahren voll besiedelt sein werden.

Daher geben wir in Kiel dem Einfamilienhaus auch in Zukunft Raum. Es reicht aber nicht, immer mehr Neubaugebiete am Stadtrand bereitzustellen. Vielmehr nutzen wir die in Kiel so zahlreichen **innerstädtischen Brachflächen**. Wir passen dafür das Eigenheim auf innerstädtische Verhältnisse an - ein schönes, wenngleich etwas extremes Beispiel für solche "in die Höhe gewachsenen" Eigenheime auf kleinsten Grundstücken steht am Königsweg / Einmündung Hopfenstraße.

Aber auch andere **individuelle, städtische Lebensformen** wie etwa betreutes / generationenübergreifendes Wohnen, Wohngruppen und alternative Lebensgemeinschaften sind uns gerade wegen ihrer Vielfalt in Kiel willkommen.

Individuelle Freiheit und Sicherheit sind die Grundvoraussetzungen für den liberalen Rechtsstaat. **Ohne Freiheit kann es keine Sicherheit geben – ohne Sicherheit kann es keine Freiheit geben.** Der liberale Rechtsstaat hat die Aufgabe, Freiheit zu ermöglichen, Sicherheit zu schaffen und damit Freiheit zu schützen. Justiz und Polizei sind im unserem liberalen Rechtsstaat Verbündete der Bürgerinnen und Bürger im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus. Das betrifft ebenso den Zivil- und Katastrophenschutz, der wegen des in den letzten Jahren spürbar gestiegenen Sicherheitsbedürfnisses der Bürgerinnen und Bürger auch in Kiel immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Unser Ziel ist daher, durch die **Stärkung des Rechtsbewusstseins und die Förderung der Zivilcourage** Straftaten von vorneherein zu vermeiden. Denn in einer funktionierenden Nachbarschaft finden nur diejenigen gesellschaftliche Akzeptanz, die sich an die Gesetze halten.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass

- 1.) die Kieler Innenstadt als **wichtigstes Einzelhandelszentrum in Schleswig-Holstein**, aber auch wieder als Schwerpunkt innerstädtischen Wohnens entwickelt wird; ergänzt durch anspruchsvolle Gastronomie und weitere kulturelle Angebote wirken wir so der allabendlichen Verödung entgegen;
- 2.) die Innenstadt endlich eine **unmittelbare Wasserlage** bekommt; wir machen die Förde vom Museumskai bis zum Bollhörnkai für alle zugänglich; Kiel bekommt städtebaulich ein völlig neues Gesicht; hierfür verlagern wir die Anlegestellen für die Stena-Fähre und für die großen Kreuzfahrtschiffe etwa an das Cruise-and-Ferry-Terminal oder an den zu erweiternden Norwegenkai; wir ordnen die Verkehrsführung in der Innenstadt neu und finden für den ZOB einen anderen Standort;
- 3.) **weitere Stadtteile** wie Friedrichsort, die Wik, Gaarden, Ellerbek / Wellingdorf oder Neumühlen-Dietrichsdorf **auf breiter Front zum Wasser hin geöffnet werden**; in diesem Zusammenhang hat für uns das voraussichtlich ab 2012 freiwerdende Holtenauer Unterland und der Plüschowhafen eine besondere Bedeutung; zusammen mit dem benachbarten Flughafen-Areal stellen sie ein städtebauliches Entwicklungspotenzial von der Flächengröße Mettenhofs dar;
- 4.) die Stadt wegen auslaufender Sozialbindung vieler Kieler Wohnungen **Belegungsrechte** in neu zu bauenden oder zur Modernisierung vorgesehenen Häusern, möglichst auch in Bestandsimmobilien erwirbt; so versorgen wir weiterhin Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Wohnraum, die dazu selbst nicht in der Lage sind; dabei verteilen wir die Belegungsrechte gleichmäßig über die Stadt und sichern jeweils nur kleinere Wohnungskontingente; auf diese Weise ballen sich soziale Probleme nicht an wenigen Standorten, beugen wir der Ghettobildung vor;
- 5.) sowohl die noch reichlich vorhandenen innerstädtischen **Verdichtungspotenziale genutzt** als auch über den derzeit gültigen Flächennutzungsplan hinaus Gebiete für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern gesucht und entwickelt werden;
- 6.) die städtischen Ordnungsdienste, die sogenannten City-Streifen, verstärkt werden, jedoch der **öffentliche Raum weiterhin nicht videoüberwacht wird**;
- 7.) durch **bessere Beleuchtung** von Straßen, Wegen und Plätzen der Verwahrlosung des öffentlichen Raums, ja ganzer Stadtteile entgegengewirkt wird; bei Beschädigung städtischen Eigentums soll die Landeshauptstadt Kiel unverzüglich Strafanzeige stellen;
- 8.) Menschen, die in der Öffentlichkeit betteln und exzessiven Alkoholmissbrauch zeigen, schnell und **konsequent Hilfe erhalten** und sie in unsere Gemeinschaft eingebunden werden;
- 9.) die verschiedenen **Zivil- und Katastrophenschutz-Organisationen** untereinander und mit der Landeshauptstadt Kiel **besser zusammenarbeiten**, etwa mit gemeinsamen Übungen und Veranstaltungen;
- 10.) die Kieler Berufsfeuerwehr sachlich und personell ausreichend ausgestattet wird; hierbei ist die Kooperation mit Nachbargemeinden und Freiwilligen Feuerwehren zu suchen;

11.) gemeinsam mit anerkannten Tierschutzverbänden geeignete Gebiete ermittelt werden, welche die **Bedürfnisse von Hundehaltern** berücksichtigen; dabei soll die Landschaftsplanung Grünflächen und Strandabschnitte ausweisen, an denen Hunde frei herumlaufen dürfen.

II. Wirtschaft: Wachstum schafft Arbeit

Wir wollen eine **fortschrittliche Standort- und Wirtschaftspolitik** im Interesse aller Kieler Bürger. Das bedeutet für uns, den Hebesatz für Gewerbesteuer und Grundsteuer B zu senken. Nur wenn Kiel in einem globalisierten Umfeld den Unternehmern mehr Freiraum lässt, erreichen wir mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze.

Kiel ist der bedeutendste Wirtschaftsstandort in Schleswig-Holstein. Das Meer mitten in der Stadt macht die Großstadt an der Förde einzigartig. Dennoch hat Kiel nach wie vor eine schwache Wirtschaft und eine schlechte Verkehrsanbindung.

Der Arbeitsmarkt als Indiz: Die seit Anfang der 70er-Jahre in den Traditionsindustrien Schiffsbau und Marine zu Tausenden verloren gegangenen Erwerbsstellen sind in anderen Branchen nie ersetzt worden. In Kiel herrscht eine Dauer-Erwerbslosigkeit weit über dem schleswig-holsteinischen, hamburgischen und bundesdeutschen Durchschnitt.

Daher halten wir ein Umdenken in der kommunalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik für überfällig: Statt längst Vergangenen nachzutruern, müssen **endlich Wachstumsbranchen** angesiedelt werden. Weil sie nicht von allein kommen, müssen wir sie **anwerben** - und zwar weltweit. Das derzeit in Kiel noch vorhandene gewerbliche Potenzial reicht nicht aus, viele tausend Arbeitsplätze neu zu schaffen.

Der **Einzelhandel** hat **in Kiel** noch erhebliche Potenziale, gerade in der Innenstadt. Wenn er aber weitere Kaufkraft aus der Region binden will, **muss** er **attraktiver werden**. Hierfür ist eine engere Kooperation zwischen den einzelnen Unternehmen unabdingbar, von innovativen Organisationsformen bis hin zu baulichen Lösungen.

Nur **Wachstumsbranchen schaffen dauerhaft Arbeitsplätze**. Darunter verstehen wir Unternehmen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Dynamik Menschen einstellen statt entlassen. Fast immer sind dies Firmen aus dem Mittelstand - der Jobmaschine schlechthin. Wegen des demografischen Wandels hin zu einer immer älter werdenden Gesellschaft gehört hierzu vor allem die "Silver Economy". Attraktive Branchen sind auch Medizintechnik, Biotechnologie, Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Fitness, Wellness, häusliche Pflege und Haushaltshilfe.

In der Sport- und Freizeitschiffahrt mit all ihren Serviceleistungen sehen wir ein weiteres Wachstums- und Zukunftsfeld für die Kieler Wirtschaft. Damit meinen wir keineswegs nur den Segelsport. Dieser Bereich ist in Kiel trotz des Anspruchs "Welthauptstadt des Segelns" noch erstaunlich unterentwickelt.

Ein attraktiver Wirtschaftsstandort Kiel braucht eine **leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur**. Wichtig hierbei ist die Nähe zur Metropolregion Hamburg, aber auch zum ebenso blühenden skandinavischen Wirtschaftsraum, mit Kopenhagen / Malmö als Eingangstor. Daher spannen wir Kiel zwischen diese beiden Kraftzentren verkehrsgeografisch ein.

Kiels Lage rund um die Förde zwingt im ÖPNV und im Individualverkehr zu enormen Umwegen zwischen Ostufer und Westufer. Zudem sind die Angebote der SFK im Linien- und Ausflugs-Schiffahrtsdienst auf der Förde völlig unzureichend. Auch die **geplante Stadt-Regional-Bahn fährt lediglich um die Förde rum** - uns ist das viel zu wenig verkehrlicher

Nutzen für einen viel zu großen Haufen Geld. Daher lehnen wir das Stadt-Regional-Bahn-Projekt ab.

Stattdessen brauchen wir ein **abgestimmtes "Land-und-Wasserbus"-Konzept**, das umwegfreie und daher attraktive Direktlinien quer über die Förde hinweg entwickelt. Hierbei kommt es uns wesentlich auf eine intelligente Konzeption der Umsteigepunkte "Landbus / Wasserbus" an.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass

1.) Kiel mit Augenmaß zu der Einkaufsstadt Nr. 1 in Schleswig-Holstein entwickelt wird; zusätzlicher **Einzelhandel ist bevorzugt in der Innenstadt anzusiedeln**, weitere Einkaufszentren auf der grünen Wiese wollen wir nicht - "Ab in die Mitte!"

2.) **Firmen aus der ganzen Welt nach Kiel** geholt werden, die hier Arbeitsplätze schaffen; wir sehen in der Ansiedlung echter Wachstumsbranchen die eigentliche Aufgabe der Wirtschaftsförderung neben der Bestandspflege; ganz besonders gilt dies im Hinblick auf den unternehmerischen Mittelstand; dagegen sind Grundstücksgeschäfte weder Kernaufgabe der Wirtschaftsförderung noch der städtischen Immobilienwirtschaft, diese überlassen wir dem freien Markt;

3.) bei Erschließung und Vermarktung von Gewerbegebieten mit Umlandgemeinden enger zusammengearbeitet wird, insbesondere für die Ansiedlung flächenintensiver Betriebe;

4.) das bisherige strategische Oberziel "Kinder- und familienfreundlichste Stadt werden!" erweitert wird zu "**Stadt für alle Generationen!**"; wir nutzen auch die enormen Chancen, die im demografischen Wandel schlummern;

5.) eine direkte, schnelle und **leistungsfähige Schienen- und Straßen-Verbindung** von Kiel zur festen Fehmarnbelt-Querung vorgesehen wird;

6.) keine Stadt-Regional-Bahn verwirklicht, stattdessen ein **intelligentes Land- und Wasserbuskonzept** entwickelt wird, das wesentlich bessere Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder bietet als die jetzigen Fähren; ergänzend sind Bahnhaltdepunkte im Stadtgebiet neu- bzw. wieder zu eröffnen;

7.) in der gesamten Kieler Innenstadt die Kosten für das Kundenparken über den Wareneinkauf abgedeckt werden und Parkhäuser rund um die Uhr geöffnet bleiben;

8.) **Längsparkplätze in Diagonalsparkplätze** umgewandelt werden, um mehr Parkmöglichkeiten für Kunden zu gewinnen und damit die ewige Konkurrenz zwischen Anwohnern und Gewerbetreibenden um das knappe Gut Parkplatz zu entschärfen; wir sehen in der Holtenauer Straße zwischen Knoop Weg und Lehmberg ein geeignetes Pilotprojekt hierfür;

9.) der Seehafen sich **auf seine wirklichen Stärken** wie die Skandinavien-Fähren, den Ro/Ro-Verkehr ins Baltikum und die Kreuzfahrtschiffe **konzentriert**, hingegen das "klassische" Massengut-Geschäft so flächenkompakt wie möglich betreibt;

10.) eine **Ostuferentlastungsstraße** gebaut wird, auch um für den Ostuferhafen endlich eine bessere Hinterlandanbindung zu schaffen, sowie die B 404 zur A 21 ausgebaut und bis zur Ostuferentlastungsstraße weitergeführt wird;

11.) der **fließende Verkehr Vorrang vor dem stehenden Verkehr** erhält, denn Staus schaden der Umwelt; wo immer möglich richten wir "Grüne Wellen", „Grüne Pfeile“ oder Kreisverkehre ein und beschleunigen Straßenbauarbeiten durch Nacht- und Wochenendarbeiten;

12.) Aufpflasterungen, Straßenschwellen und Aufpflanzungen in **Tempo-30-Zonen** abgebaut werden, die das ästhetische Gesamtbild der Wohnviertel verschandeln, unnötige Erhaltungskosten verursachen und die Verkehrssicherheit beeinträchtigen statt sie zu erhöhen;

13.) die völlig widersinnige Unterteilung von Straßen in zahlreiche unterschiedliche und unübersichtliche Höchstgeschwindigkeitsabschnitte (zu unterschiedlichen Tageszeiten) zu beseitigen;

14.) eine **Schienen-Verbindung zum Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel** eingerichtet wird; wir streben zwischen Kiel und Fuhlsbüttel eine Reisezeit von maximal einer Stunde an;

15.) beim Ausbau des Kieler Radwegenetzes grundsätzlich die **Sicherheit der Radfahrer im Vordergrund** steht; wir halten "aufgemalte" Radwege für gefährlich, Radfahrerschutz wird durch von der Hauptfahrbahn baulich abgesetzte Wege besser erreicht; beim Radwegenetz kommt es uns nicht auf dessen schiere Länge, sondern vielmehr auf seine Sicherheitsqualität an.

III. Soziale Verantwortung: Teilhabe am Leben für alle

Liberal ist sozial. Bei uns steht der **Mensch im Mittelpunkt** - nicht das Kollektiv.

Unser soziales Sicherungssystem erfüllt längst nicht mehr seinen Zweck. Auf eine allumfassende Staatsfürsorge konnten wir uns in Wahrheit noch nie verlassen. Die Verwerfungen in unserer Gesellschaft zeigen, dass die Formel "Viel Geld schafft viel soziale Gerechtigkeit!" nicht aufgeht.

Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft. Wir bekämpfen die Ursachen sozialer Missstände und nicht mit viel Geld ihre Symptome. Gerade in Kiel ist die hohe Erwerbslosigkeit der eigentliche Grund sozialen Leids. Wir wollen, dass möglichst alle Bürgerinnen und Bürger Arbeit haben und von ihrem Einkommen in Würde leben können. Unsere Wirtschaftspolitik ist zugleich Sozialpolitik.

Familien haben es in Zeiten gravierender Veränderungen in der Arbeitswelt nicht leicht. Vor allem die aus sozial schwachen Familien kommenden Kinder, mehr noch die Jugendlichen spüren diesen Wandel zuerst. Wollen Menschen beruflich etwas erreichen, so müssen sie häufig ihre Familie vernachlässigen. Kümmern sie sich um die Familie, so kann dies zu finanzieller Abhängigkeit von der Gesellschaft führen. Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist noch längst nicht erreicht. Wir sehen aber keine Lösung darin, alte Rollenmodelle wieder aufleben zu lassen oder die persönlichen Angelegenheiten der Familie von Staat und Politik regeln zu lassen. Die aktuelle politische und öffentliche Familiendiskussion drückt ein Staatsverständnis aus, das mit unserer liberalen Vorstellung von Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und eigenständiger Lebensführung nicht zu vereinbaren ist. Es ist zunächst alleiniges **Recht und Pflicht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen** und das Recht der Kinder, erzogen zu werden. Eltern, die ihre Kinder erziehen, gebührt unser aller Unterstützung, Anerkennung und vor allem Respekt. Nur dort, wo Eltern das Recht der Kinder auf Erziehung verletzen, sind unsere Behörden berechtigt und verpflichtet, einzuschreiten.

Laut PISA-Aussage ist die Familie entscheidend für die Chancen junger Menschen. Doch statt teure Bildungs- und Betreuungsprogramme bereitzustellen, die Lehrer, Erzieher und öffentliche Kassen überfordern, setzen wir in den Familien an, indem wir **mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Familien** schaffen wollen: Mütter sollen weiterhin berufstätig sein, Väter sollen mehr Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Kinder übernehmen können. Beide gemeinsam brauchen unsere volle Unterstützung.

Wir stärken die Eigenverantwortung von Menschen mit Behinderungen und ermöglichen ihnen eine selbstständige Teilnahme am Leben. **Barrierefreiheit** ist dabei ein wesentlicher Bestandteil für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Dazu machen wir öffentliche Gebäude, Straßen und Plätze besser zugänglich und öffentliche Verkehrsmittel besser nutzbar.

Senioren und Menschen mit Behinderungen sind von den finanziellen, sozialen und persönlichen Folgen häuslicher und stationärer Pflege nicht allein betroffen, sondern auch ihre Angehörigen. Immer noch übernehmen in erster Linie Frauen die häusliche Pflegearbeit. In der Regel ist die Dauer der **Pflegebedürftigkeit** bei Frauen aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung oft länger. Wir verbessern im Rahmen unserer kommunaler Möglichkeiten die Bedingungen für die häusliche Pflege und helfen hierbei, die Mehrfachbelastung von Frauen zu verringern.

Mehr Arbeitnehmer als Arbeitslose leben in Kiel von Arbeitslosengeld II (ALG II). Das liegt an den Anforderungen des Arbeitsmarktes, der vermehrt auf Teilzeitkräfte angewiesen ist, zum anderen oft daran, dass viele Erwerbstätige für ihre Familien kein ausreichendes Einkommen mehr erzielen können. Nicht wenige ALG-II-Empfänger haben sich aber mit der "Einsicht", dass sich Arbeit finanziell nicht mehr lohne, an die Bedingungen der Arbeitslosigkeit gewöhnt.

Zuwanderer sind nicht die einzige Gruppe, die in unsere Gesellschaft integriert werden muss. **Unter Integration verstehen wir mehr:** Alle Menschen, die am Rand unserer Gesellschaft leben oder unter ihren Mängeln zu leiden haben, verdienen unsere Unterstützung. Herkunft oder sonstige Gründe für ihre Hilfebedürftigkeit dürfen bei der Hilfe keine Rolle spielen.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass

- 1.) Kinder aus sozial schwachen Familien eine **Erstausstattung** für Grundschule und weiterführende Schule erhalten;
- 2.) **die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten flexibilisiert werden;** wir prüfen den Bedarf für ein 24-Stunden-Angebot am West- und Ostufer;
- 3.) die bestehenden Jugendtreffs erhalten bleiben; dabei nutzen wir Synergieeffekte mit anderen bestehenden baulichen Einrichtungen;
- 4.) Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen besser miteinander vernetzt werden, sich somit die Versorgung mit Kinder- und Jugendpsychotherapeuten verbessert;
- 5.) alle drei **Stadtteilbüros**, das URBAN-Büro Alt Ellerbek und die beiden Soziale-Stadt-Büros Mettenhof und Gaarden, **erhalten bleiben;** dabei prüfen wir Trägerschaft, Gebietszuschnitte, Aufgaben und Synergieeffekte mit bestehenden baulichen Einrichtungen;
- 6.) Senioren, Menschen mit Behinderungen sowie Kinder und Jugendliche in **Entscheidungsprozesse der Landeshauptstadt Kiel** endlich so einbezogen werden, wie es das Gesetz verlangt;
- 7.) bei der Anschaffung neuer Busse nur noch solche Fahrzeugmodelle berücksichtigt werden, die für die Mitnahme von mehr als einem Rollstuhlfahrer zugelassen sind;
- 8.) private Investoren zum Bau von Mehrgenerationenhäusern und behindertengerechten Wohnungen ermuntert werden;

- 9.) Kindertagesstätten und Schulen eine **angemessene, am individuellen Förderbedarf für Kinder mit Behinderungen ausgerichtete Ausstattung** erhalten;
- 10.) die **Gesundheits- und Präventionsfürsorge** durch Zusammenarbeit mit Kammern und Verbänden des Gesundheitswesens auch **ehrenamtlich verstärkt** werden; hierzu zählen wir nicht nur die Gesundheitserziehung, sondern auch die notwendige Unterstützung in Pflegeheimen;
- 11.) alleinstehende Leistungsempfänger vorrangig zu Arbeitsgelegenheiten und Trainingsmaßnahmen herangezogen werden;
- 12.) die Arbeitsfähigkeit von Leistungsempfängern regelmäßig überprüft wird;
- 13.) Programme, die **Jugendliche frühzeitig an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen**, weiterhin unterstützt werden;
- 14.) Deutschkurse auch für deutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Sprachbarrieren in Form von Trainingsmaßnahmen durchgeführt werden;
- 15.) Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt, Sucht und Rassismus weiterhin unterstützt und ausgebaut werden;
- 16.) **soziale Infrastruktur gesponsort wird**; dabei sollen private Investoren nach dem Prinzip "Geben und Nehmen" lukrative Nutzungen realisieren dürfen, wenn sie sich zugleich sozial engagieren.

IV. Bildung: Das Fundament für das 21. Jahrhundert

Die Attraktivität der Stadtteile und die Lebensqualität der Menschen in ihrem Stadtteil werden geprägt durch das **Bildungsangebot**, das Bürgerinnen und Bürger vor Ort vorfinden, also durch die Errichtung und Ausgestaltung von Kindertagesstätten, allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen, Büchereien und Sportanlagen.

Wir passen die teilweise über Jahrzehnte gewachsene Schulstruktur in unseren Stadtteilen behutsam den demographischen Veränderungen an. Wir stellen auch bei der Umsetzung des neuen Schulgesetzes und der Einführung neuer Schularten ein **breites, wohnortnahes Schulangebot** sicher. Eine Umsetzung dieses neuen Schulgesetzes ohne Beteiligung der betroffenen Eltern und der Lehrkräfte wird es mit uns nicht geben.

Den leider nur engen Handlungsspielraum, den dieses Schulgesetz den Kommunen lässt, werden wir so weit als möglich ausschöpfen zum Wohle der Betroffenen. Die dringend notwendige **Sanierung vieler Schulen und Sportstätten** wurde leider bei weitem nicht im erforderlichen Umfang realisiert. Wir sehen einen Sanierungsstau allein im Schulbereich von ca. 35 Millionen EUR, wenn wir den offiziellen Zahlen glauben. Realistisch betrachtet dürfte dieser Betrag nicht ausreichen, da der Sanierungsstau an den Kieler Schulen in den letzten Jahren noch zugenommen hat. Gleiches gilt auch für den Sportbereich.

Nach wie vor sind Schulen nicht modernen pädagogischen Erfordernissen entsprechend eingerichtet. Oft vermissen wir **moderne Fachräume und Ausstattungen**. Einige Sportplätze und -hallen sind nur eingeschränkt bespielbar, viele Anlagen vermitteln einen verwahrlosten Eindruck. Nicht alle Kieler Schulen bieten ein den Wünschen der Eltern entsprechendes Ganztagsangebot an, und die vorhandenen Ganztagschulen sind aufgrund unsicherer finanzieller Rahmenbedingungen an einigen Standorten gefährdet.

Wir ebnen allen Menschen den Weg zum mündigen Bürger. Jede und Jeder soll von Anfang an die Chance haben, ihren und seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten entsprechend einen möglichst hohen Bildungsabschluss zu erreichen. Für uns ist **Bildung Voraussetzung zur verantwortungsvollen und toleranten Teilnahme des Einzelnen an unserer Gesellschaft**. Bildung ist die Grundvoraussetzung für soziale Chancengerechtigkeit und für die Fähigkeit, soziale Verantwortung zu übernehmen. Wir unterstützen unsere Schulen durch fachkundige Schulsozialbetreuer, damit sich unsere Pädagogen wieder uneingeschränkt ihrer eigentlichen Lehraufgabe widmen können.

Kindertagesstätten, allgemein bildende und berufsbildende Schulen übernehmen als kommunale Einrichtungen in diesem Bildungsprozess eine zentrale Aufgabe, aber nicht die alleinige Verantwortung. Bildung findet nicht nur in Schulen statt, sondern bedarf eines funktionsfähigen Umfeldes durch **Familie, Vereine und anderen Gruppierungen**. Frühkindliche Bildung durch gut ausgebildetes Fachpersonal in den Kindertagesstätten ist ein erster, wichtiger Baustein.

Wir sehen erfolgreiche Bildungspolitik in einer wechselseitigen Beziehung zu einer aktiven Familien-, Sport-, Freizeit- und Wirtschaftspolitik. Dazu brauchen wir modern ausgestattete Schulen, funktionsfähige Sportplätze und -hallen sowie ein ausreichendes Angebot an Kindertagesstätten und Kinderkrippen.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass

- 1.) ein **Lern- und Arbeitsumfeld für Schülerinnen und Schüler** geschaffen wird, das eine positive Entwicklung der Kinder unterstützt; für uns gehören dazu neben intakten, sauberen Schulgebäuden, beispielbaren Sportstätten und altersgerecht gestalteten Schulhöfen auch moderne Fachräume und Angebote am Nachmittag, um eine ganztägige Betreuung bedarfsorientiert zu ermöglichen; wir schaffen ein Umfeld für die Schülerinnen und Schüler, das die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler schützt, ihr Umweltbewusstsein stärkt, ihre ästhetische Kompetenz entwickelt und ihren Ordnungssinn fördert;
- 2.) Kiel als Schulträger dem neuen Schulgesetz entsprechend die neuen Schulformen Gemeinschafts- und Regionalschulen behutsam einführt; **wir wandeln die bestehenden und bewährten Schulen nicht im Schnellverfahren um**, sondern berücksichtigen die demographischen Entwicklungen in den einzelnen Stadtteilen sowie das bereits bestehende Schulangebot; wir räumen hierbei dem Elternwillen an jedem Standort eine hohe Priorität ein;
- 3.) den Schulen **mehr Raum für Selbstständigkeit und Eigenverantwortung** verschafft wird, damit die Beteiligten vor Ort in den Schulorganen über Ziele und Mitteleinsatz selbst entscheiden können; wir berücksichtigen in allen Schularten verstärkt die Übergänge der Schülerinnen und Schüler in eine anschließende Berufsausbildung oder in einen weiterführenden Bildungsgang; wir unterstützen dabei Kooperationen zwischen den Schulen und Partnern der Wirtschaft; wir setzen Schulsozialbetreuer ein, welche die Pädagogen bei der Vermittlung sozialer und ethischer Kompetenzen unterstützen;
- 4.) die knappen finanziellen Mittel nicht in zusätzliche Schulgebäude investiert, sondern die vorhandenen Schulstandorte saniert und modernisiert werden; durch **attraktive Ganztagsangebote und Öffnung der Schulen** können diese zu Bildungs- und Kulturzentren in den Stadtteilen werden, mit Anbindung der Stadtteilbibliotheken, Beratungsstellen, Treffpunkte für Vereine und Treffpunkt für Jung und Alt;
- 5.) die Einrichtung von Kindertagesstätten und **Betreuungsmöglichkeiten für die unter dreijährigen Kinder** gefördert wird, damit Kind und Beruf keine unvereinbaren Wünsche bleiben; dies gilt sowohl für städtische Einrichtungen als auch für Einrichtungen anderer, auch privater Träger; wir führen in den Stadtteilen jeweils Anwohner-Befragungen durch, um

den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln; wir bringen Geschwisterkinder in der gleichen Kindertagesstätte unter;

6.) an Schulen und Kindertagesstätten ein **kostengünstiges Mittagessen** angeboten wird;

7.) Kiel sich als **Bildungsregion mit einem umfassenden Angebot** an Schulen und Hochschulen für die gesamte Region versteht; wir steigern damit die Attraktivität der Stadt, sichern vorhandene Arbeitsplätze dauerhaft und schaffen neue Arbeitsplätze;

8.) die Wahrnehmung und Wertschätzung der Kieler Hochschulen in ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt verbessert wird; hierzu loben wir einen Preis **zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten junger Akademiker** in den für Kiels Zukunft wichtigen Wachstumsbranchen aus;

9.) lebenslanges Lernen gefördert wird; dabei können neben den Volkshochschulen und anderen Bildungsträgern auch die Hochschulen und Schulen einen Beitrag leisten; eine vermehrte **pädagogische Nutzung von Schulgebäuden ab den frühen Abendstunden** ist machbar und sinnvoll;

10.) eine **Bildungsstiftung** aufgebaut wird, die Schülerinnen und Schüler der Kieler Schulen schnell und unbürokratisch unterstützt, etwa bei der Schulspeisung, wenn aufgrund einer sozialen Notlage die Teilnahme am allgemeinen Schulleben nicht gewährleistet ist.

V. Kultur: Mehr als die Hefe im Teig

Kultur ist das vom Menschen Geschaffene und damit Ausdruck der Identität einer Gesellschaft. Kultur hat viele Funktionen: Sie ist das Ergebnis einer Denk- und Lebensart, sie hält der Gesellschaft den Spiegel vor, sie entwickelt neue Ideen und verändert so die Gesellschaft, aus der sie hervorgeht. **Kultur ist für den Erhalt einer Gesellschaft prägend.**

Kultur ist mehr als Kunst. Wo wir Fehler machen, unvollkommen bleiben, macht Kultur aufmerksam, veranlasst sie uns zum Innenhalten und Nachdenken. Damit macht sie das Leben bunt und interessant. Ein **abwechslungsreiches kulturelles Programm** trägt zum Lebensgefühl einer Stadt bei. Wenn sich Künstler und Denker bei uns wohl fühlen, dann tragen sie zur Entwicklung bei und gestalten unsere Zukunft. Kiel wird als Lebensraum attraktiv, wenn es uns gelingt, Trends zu erkennen und vermehrt moderne Strömungen in unserer Stadt zu verankern.

Kultur führt Menschen zusammen. Kiel ist eine Stadt vielfältiger Kulturen. Diese Pluralität macht den Reiz aus und ermöglicht ein verständnisvolles Miteinander der Menschen, die hier leben. Wir zeigen, wie und wer wir sind und erfahren genauso, wie unsere Mitmenschen denken. So lassen sich Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede wertschätzen und Konflikte lösen. Genau hier wird Kultur als Ausdruck einer Kommune und ihrer Menschen, als Mittel zur Gestaltung unseres Zusammenlebens politisch.

Deshalb bleibt für uns die **Kulturförderung in Zeiten knapper Haushaltsmittel** ein wichtiger Baustein - damit Kultur auch neben privatem Sponsoring unabhängig sein kann von wirtschaftlichen Interessen und politischen Strömungen.

Wir erhalten und fördern ehrenamtliches Engagement und pflegen mit den Beteiligten einen angemessenen Umgang. Angesichts leerer öffentlicher Kassen begrüßen wir auch private Initiativen im Kulturbereich. Dabei gilt das Prinzip "Geben und Nehmen": Wenn Investoren in Kiel renditeträchtige Nutzungen ansiedeln wollen, achten wir schon bei den Verhandlungen darauf, diese **Investoren zu einer finanziellen Beteiligung an Kultur-Infrastruktur und -Angeboten zu bewegen**. Kultur ist auch ein Wirtschaftsfaktor.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass

- 1.) eine größere freie Kulturszene in Kiel gefördert wird, indem Räumlichkeiten und Auftrittsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden;
- 2.) alle kulturellen Ausdrucksformen als **gleichwertig** betrachtet werden;
- 3.) ein **zeitgemäßer Konzertsaal** in der Altstadt gebaut wird; sollte am **Kieler Schloss** durch private Investoren ein großflächiges Einzelhandelsprojekt samt flankierender Nutzungen realisiert werden, ist diese Veranstaltungsstätte in derartige Planungen mit einzubeziehen, um bauliche Synergieeffekte auszunutzen; auch sollen sich die Investoren an den Baukosten des Konzertsaals beteiligen; in diesem Zusammenhang werden wir das Philharmonische Orchester Kiel mit Unterstützung des Landes und privater Förderer zu einem A-Orchester auf;
- 4.) eine einheitliche Förderung und Angebotsplattform für Veranstaltungen und andere kulturelle Erscheinungsformen geschaffen wird, z.B. durch ein **Stadtbüro für Kultur** (zentrale Veranstaltungsmarketing-Agentur), um eine effektive Verbindung der Kieler Kulturbetriebe zu erreichen;
- 5.) Kunstschaffende über die Interkulturellen Wochen im September hinaus zu **kulturübergreifender Arbeit** ermutigt werden;
- 6.) das Marketingkonzept der Stadt Kiel so verbessert wird, dass Kiel bundesweit als kulturell attraktive Großstadt wahrgenommen werden kann;
- 7.) **Kinder- und Stadtteilbüchereien an geeignete Schulstandorte angedockt werden**, wodurch ihre Attraktivität steigt; mit dem Verkauf der bisher durch diese Einrichtungen genutzten Liegenschaften finanzieren wir die erforderlichen Standortverlagerungen mit; wir ergänzen das vorhandene hauptamtliche Personal durch ehrenamtliche Kräfte;
- 8.) Kultur-Infrastruktur und -Angebote gesponsort wird; dabei sollen private Investoren nach dem Prinzip "Geben und Nehmen" lukrative Nutzungen realisieren dürfen, wenn sie sich zugleich kulturell engagieren; ein lohnendes Beispiel hierfür ist der **Warleberger Hof**, für den wir aufgrund seiner Baufähigkeit schon in naher Zukunft eine angemessene, aber auch finanzierbare Nutzung finden müssen;
- 9.) stadtteiltyische, nicht kommerzielle Veranstaltungen wie z.B. der **Winterzauber im Schrevenpark** von der Stadt weiter im bisherigen Umfang gefördert werden; wir räumen engagierten Vereinen Hemmnisse unbürokratisch aus dem Weg und stellen nicht zusätzliche auf.

VI. Energie contra Klima: Ein lösbarer Konflikt

Immer noch fußt unsere Energieversorgung hauptsächlich auf Stein- bzw. Braunkohle, Erdöl und Erdgas. Diese **fossilen Primärenergieträger sind hauptverantwortlich für den globalen Klimawandel**, weil sie bei ihrer Verbrennung CO₂ ausstoßen. Zudem reichen Erdöl und Erdgas nur noch für wenige Jahrhunderte, ausgerechnet die besonders CO₂-intensive Kohle noch für einige Jahrhunderte. Soweit aus diesen Energieträgern Strom und Heizwärme gewonnen wird, können wir auf ihre (Nicht-) Verwendung Einfluss nehmen, nämlich über die Aufsichtsratsfunktion der Landeshauptstadt Kiel bei den Stadtwerken.

Wir **lehnen den Neubau des mit 800 MW elektrischer Leistung geplanten Kohle-Großkraftwerkes ab**, welches das heutige Gemeinschaftskraftwerk Kiel (GKK) in Neumühlen-Dietrichsdorf ab etwa 2018 ersetzen soll. Auch wenn dieses Vorhaben den elektrischen Wirkungsgrad durch den Einsatz moderner Technologien auf bis zu 47 % steigern, somit den CO₂-Ausstoß pro Kilowattstunde deutlich reduzieren kann, bleibt die CO₂-Bilanz in der Summe deutlich negativ. Denn die elektrische Leistung steigt auf mehr als das Doppelte des heutigen GKK, hingegen ist die Heizwärme-Auskoppelung wegen des begrenzten Abnahmevermögens relativ gering. Durch die geplante Verbrennung von ca. 2 Mio. Tonnen Steinkohle jährlich werden rund 6 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen erzeugt. Zudem wird der Schadstoffausstoß erhöht.

Kiel hat sich durch den Beitritt in das Klimabündnis der europäischen Städte im Mai 2007 verpflichtet, den CO₂-Ausstoß um 50 % zu reduzieren. Dieses Ziel wird durch ein Kohle-Großkraftwerk weit verfehlt. Zudem verhindert die lange, durch die hohe Investitionssumme erzwungene Mindestlaufzeit eines solchen GKK-Nachfolgebaus die Nutzung erneuerbarer Energien auf Jahrzehnte.

Wir wollen, dass die künftige Energieversorgung der Landeshauptstadt einen kräftigen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Wir legen aber gleichermaßen Wert auf

- Versorgungssicherheit; das ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort-Faktor, den wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen;
- angemessene Energiepreise; die schönsten CO₂-Vermeidungskonzepte nützen uns nichts, wenn sie zu teuer sind und sie daher nicht nachgefragt werden;
- technische Realisierbarkeit; so verheißungsvoll uns technologische Zukunftsvisionen erscheinen mögen, müssen wir jetzt, in Kenntnis des heute Machbaren, über die Zukunft des GKK entscheiden.

Wir betreiben Klimaschutz mit Bodenhaftung. Daher streben wir eine dezentrale Versorgung mit Strom und Heizwärme an. Wir wollen **Blockheizkraftwerke (BHKW)** wo immer möglich in bestehenden Stadtquartieren errichten, auf jeden Fall **in** sämtlichen Neubaugebieten. Dabei setzen wir **regenerative Energieträger** wie z.B. Biogas ein. Auch aktivieren wir die Potenziale der Geothermie (Erdwärme) zur Strom- und Heizwärme-Erzeugung. Damit senken wir den CO₂-Ausstoß noch weiter, beleben einen neuen, technologisch anspruchsvollen Wirtschaftszweig, steigern die Wertschöpfung in der Region und reduzieren die bei Steinkohle bestehende Importabhängigkeit massiv.

Um den darüber hinausgehenden Energiebedarf in der Region Kiel zu decken, wollen wir auf dem Ostufer ein **Gas- und Dampfturbinen- (GuD-) Kraftwerk als GKK-Nachfolgebau** errichten. Dies soll zunächst mit Erdgas betrieben werden, allerdings so schnell wie möglich auf Biogas umgestellt werden. Die installierte Leistung des GuD-Kraftwerks muss sich dabei an der Kapazität des Fernwärmenetzes orientieren. Dies hat zwei gravierende Vorteile:

Erstens verschwenden wir die Primärenergie Fernwärme nicht unnötig, zweitens beugen wir einer zu hohen CO₂-Emission vor.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass

1.) der Energiebedarf in Kiel durch **energetische Sanierung der Gebäude** gesenkt wird, denn die beste aller regenerativen Energien ist die Energieeinsparung; zumindest für Neubauten streben wir KfW-40-Standard an;

2.) in Neumühlen-Dietrichsdorf als GKK-Nachfolgebau kein Kohle-Großkraftwerk, stattdessen ein **kompaktes GuD-Kraftwerk** errichtet wird; durch die an der Heizwärme-Auskoppelung orientierten elektrischen Leistung erreichen wir einen sehr hohen Gesamt-Primärenergiewirkungsgrad; sollte der bisherige Partner E.ON angesichts solcher Maßgaben aussteigen wollen, realisieren wir das neue GKK als reines Stadtwerke-Projekt;

3.) **dezentrale BHKW** in bestehenden Stadtteilen, soweit möglich, und in allen Neubaugebieten errichtet werden;

4.) die in Kiel und Umgebung hervorragenden **Geothermie-Potenziale** zur Strom- und Heizwärme-Erzeugung genutzt werden;

5.) der Einsatz weiterer **regenerativer Energiequellen** wie Solarvoltaik und Solarthermie gefördert wird;

6.) das GuD-Kraftwerk sowie die dezentralen BHKW für einen nach und nach steigerbaren Einsatz von Biogas ausgelegt werden; wir halten jedoch die Lagerung riesiger Biomasse-Mengen mit relativ geringer Energiedichte am GKK, d.h. auf städtebaulichen Filetlagen direkt an der Förde, und deren Umwandlung in Biogas direkt vor Ort für wirtschaftlich unsinnig; viel intelligenter ist es, **Biomasse gleich am Ort ihrer Entstehung in Biogas umzuformen**; daher produzieren wir das Biogas im Kieler Umland in der Landwirtschaft aus Biomasse und leiten es über das Gasversorgungsnetz Richtung Landeshauptstadt Kiel.

VII. Haushalt: Sparen und investieren zugleich

Kiel ist hochverschuldet. Nur durch den Verkauf von "Tafelsilber" wie z.B. KWG und Stadtwerkeanteilen konnten die Haushalte 2002 und 2003 noch ausgeglichen werden. Ab 2004 begann wieder die Zeit des Schuldenmachens.

Das Dauerdefizit im Kieler Haushalt hat drei Gründe:

- Die Wirtschaft ist zu schwach aufgestellt. Dies zeigt sich an den immer noch zu geringen kommunalen Steuereinnahmen.

- Die Erwerbslosigkeit ist zu hoch, mit all den daraus resultierenden gesellschaftlichen Verwerfungen.

- Die Verwaltung ist zu aufgebläht. Zu Vieles wird an zu vielen Stellen zu umständlich bearbeitet. Dieses Missmanagement der Rathauspitze kostet uns schätzungsweise 40 bis 50 Mio. EUR pro Jahr, das entspricht in etwa dem durchschnittlichen Jahres-Haushaltsdefizit.

Wir wollen den Haushalt für die zukünftigen Generationen entschulden. Die Stadt ist finanziell nur noch eingeschränkt handlungsfähig. Mit jeder noch so geringen Kreitaufnahme wächst der Schuldenberg weiter. Kiels Haushalt muss schnellstmöglich endlich saniert werden. **Einnahmen verbessern und Ausgaben verringern:** Beide zusammen schaffen erst den finanziellen Spielraum, den wir für die investiven Aufgaben der Stadt brauchen.

Die Einnahmen verbessern wir, indem wir mit einer **offensiven Wirtschaftsförderung** Unternehmen aus Wachstumsbranchen ansiedeln - nicht aber, weil wir kommunale Steuern und Abgaben erhöhen. Damit beleben wir den Arbeitsmarkt, denn Beschäftigung ist die beste und kostensparendste Sozialpolitik überhaupt.

Die Ausgaben verringern wir, indem wir die **Verwaltung auf ihre Pflichtaufgaben beschränken**. Je mehr Fachstellen Akten hin- und herschieben, desto langsamer, personalaufwändiger und teurer wird ihre Bearbeitung. Aber: Personal abbauen und die Aufgaben belassen wie sie sind oder sogar vermehren - das geht auf keinen Fall. Wir üben zuerst **Aufgabenkritik**, daraus ermitteln wir, wie viel Personal wir für die verbleibenden Tätigkeiten brauchen, nicht umgekehrt. Den erforderlichen Personalabbau bewältigen wir ohne Entlassungen. Bei ca. 5 % "natürlichen" Abgängen pro Jahr ist dies ohne betriebsbedingte Kündigungen möglich. **Wir nehmen die Beschäftigten der Landeshauptstadt Kiel auf unserem Reformweg mit.** Denn auch in Zukunft brauchen wir hochmotivierte, gut ausgebildete, gut bezahlte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir verkürzen bürokratische Umwege, die wir in den letzten Jahren im Kieler Rathaus beobachten mussten. Diese entstehen durch eine übermäßige Zentralisierung von Querschnitts-Aufgaben. Wir dagegen wollen delegieren statt alles "zur Chefsache machen". **Wir lehnen das Personalvermittlungskontingent ab**, das unkündbar Beschäftigte auf einen Schlag arbeitslos macht, nur weil dadurch der Haushalt auf dem Papier beschönigt werden soll. Stattdessen verlagern wir Verantwortung für Personal, Organisation oder Budget wieder zu den Dezernaten bzw. zu den Amts-, Abteilungs- und Sachbereichsleitungen zurück.

Aus unserer Sicht ist eine Verwaltung bürgerfreundlich, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger so wenig wie möglich mit Bescheiden, Verboten, Gebühren, Satzungen, Verordnungen und sonstigen Reglementierungen plagt und wenn sie die Steuerzahler so wenig wie möglich kostet. **Eine schlanke Verwaltung ist bürgernah**, weil sie schlank ist und dadurch die Bürgerinnen und Bürger möglichst wenig verwaltet.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass

1.) das kommunale Steueraufkommen durch **offensive Wirtschaftsförderung** gesteigert, die Sozialausgaben durch positive Arbeitsmarkt-Entwicklung verringert und der **Verwaltungsapparat verschlankt** wird; durch solche strukturellen Verbesserungen auf der Einnahme- wie auf der Ausgaben-Seite bringen wir das Haushalts-Defizit auf Null; Haushalts-Überschüsse verwenden wir zur Schuldentilgung;

2.) die **Wirtschaftsförderung wieder in unmittelbare städtische Regie** zurückgeholt und sich auf die Firmen-Akquisition von außen und Bestandspflege konzentriert; das mit den städtischen Fachstellen allzu oft nicht koordinierte Geschäftsgebaren der KiWi hat sich nicht bewährt; erst recht gilt dies für die geplante "Regionale Wirtschaftsförderung", denn Gemeinden stehen bei Unternehmensansiedlungen in Standortkonkurrenz zueinander; diesen Wettbewerb darf eine gemeindeübergreifende Wirtschaftsförderung nicht nach Gutsherrenart unterlaufen;

3.) der **Seehafen in eine Immobilienverwaltungs- und in eine Hafenbetriebsgesellschaft aufgliedert wird**; indem die Hafenbetriebsgesellschaft der Immobilienverwaltungsgesellschaft für die genutzten Grundstücke Pacht zahlt, erkennen wir, auf welchen Flächen sich klassisches Umschlags-Geschäft wirklich rechnet und welche Flächen wir lukrativer nutzen sollten;

4.) interaktivere Formen in der Zusammenarbeit zwischen Selbstverwaltung und Verwaltung ausgetestet werden; wir halten den überbürokratisierten Papier-Dialog zwischen beiden Organen z.B. durch "Geschäftliche Mitteilungen" für extrem aufwendig, er führt oft zu Missverständnissen und stellt den gebotenen Informationsfluss von Verwaltung zur Selbstverwaltung nicht wirklich sicher; wir richten bei größeren, komplizierteren Projekten fachübergreifende Arbeitsgruppen aus Mitgliedern der Selbstverwaltung und der Verwaltung ein;

5.) die **Sitzungen** der Ratsversammlung und der Ausschüsse **verschlankt werden**; die Selbstverwaltung soll sich mit den wirklich wichtigen Angelegenheiten beschäftigen, während die Verwaltung für das laufende Geschäft zuständig ist; hierfür straffen wir die jeweiligen Tagesordnungen der Selbstverwaltungsgremien und lassen die Sitzungen der Ausschüsse und Ratsversammlung möglichst nach 18.00 Uhr beginnen;

6.) eine **aufgabenkritische Untersuchung** in sämtlichen Dezernaten und im OB-Geschäftskreis durchgeführt wird, wie schon 2006 im Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt;

7.) das **Personalvermittlungskontingent wieder abgeschafft** wird, weil es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter demotiviert, indem es sie für überflüssig erklärt; wir sparen Personal kontinuierlich ein, indem wir Stellen erst dann streichen, wenn sie frei werden; Stellen, die unverzichtbar sind, besetzen wir durch die verwaltungsinterne Jobbörse wieder und nur in zwingenden Ausnahmefällen durch externe Ausschreibung;

8.) das **Angebot an dezentralen Bürgerbüros ausgebaut** wird, indem Personal umgesetzt wird; wir passen die Öffnungszeiten der Verwaltung und sozialen Einrichtungen den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger an.

VIII. Das Kieler Ostufer: Symbol für ganz Kiel

Immer noch trennen das Kieler West- und Ostufer Welten. In über einem Jahrhundert Stadtentwicklungsgeschichte haben sich die historischen Unterschiede verwischt. Die sozialen Unterschiede zwischen den beiden Fördeufnern sind aber bedauerlich stabil.

Das Kieler Ostufer ist das Symbol für ganz Kiel. Dort ballen sich die Strukturprobleme, die Kiel insgesamt kennzeichnen: Traditionsindustrien brechen weg und bedingen Erwerbslosigkeit, mangelnde Kaufkraft, soziale Probleme und weitgehende Abriegelung vom wichtigsten Kieler Zukunfts-Standortfaktor, der Förde.

Daher hat das **Kieler Ostufer** für uns **Modellcharakter**. Wenn wir die Probleme Gaardens, Ellerbeks, Wellingdorfs und Neumühlen-Dietrichsdorfs erfolgreich und nachhaltig lösen, haben wir am Ende auch ganz Kiel in die Zukunft geführt.

Dafür müssen wir zunächst ein ganz konkretes Problem lösen: Die Zukunft des URBAN-Büros Alt-Ellerbek und des Soziale-Stadt-Büros Gaarden.

Das **URBAN-Büro** Alt-Ellerbek soll bereits Ende 2008 geschlossen werden, Ähnliches droht mittelfristig auch dem **Soziale-Stadt-Büro Gaarden**. Wir halten die über Jahre erworbene fachliche und soziale Vor-Ort-Kompetenz dieser beiden Einrichtungen sowie ihre Funktion als Anlaufstelle der kurzen Wege für die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger für **unverzichtbar**, gerade in schwierigen Stadtteilen. Zudem wachsen ihnen über ihren derzeitigen Wirkungsbereich hinaus neue Aufgaben zu, etwa im Bereich der Beobachtung des Sozialgefüges oder des Wohnungsmarktes (Monitoring).

Das wichtigste das Kieler Ostufer betreffende Einzelprojekt ist der **GKK-Nachfolgebau in Neumühlen-Dietrichsdorf**. Dort spielt neben Fragen zum Primärenergie-Einsatz und Klimaschutz der intelligente Umgang mit Grund und Boden eine zentrale Rolle: Wollen wir an dem einzigen von der Nachmittagssonne direkt beschienenen Kieler Fördestand Kohlehalden auftürmen? Oder wollen wir diese **einmalige Wasserlage** städtebaulich in Wert setzen? Dazu müssen wir entscheiden, wie groß der GKK-Nachfolgebau ausfallen und mit welcher Energiequelle er betrieben werden soll.

Bei einem **kompakten GuD-Kraftwerk** siedeln wir zwischen Hasselfelde und dem Ostuferhafen auf über 20 Hektar **hochattraktives Wohnen**, aber auch viele **zukunftsträchtige Arbeitsplätze** in unmittelbarer Nähe zur Fachhochschule an - von touristischen Attraktionen an **Kiels dann schönstem Badestrand** ganz zu schweigen. Hierdurch gewinnt der Stadtteil Neumühlen-Dietrichsdorf fast einen halben Kilometer Uferlänge an der Förde, während ein Kohle-Großkraftwerk ihn noch mehr als heute vom Wasser abriegeln wird.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass

1.) das **URBAN-Büro** Alt Ellerbek und das **Soziale-Stadt-Büro** Gaarden erhalten bleiben; hierzu übernehmen wir diese De-Facto-Bürgerbüros nach Auslaufen der Fördermittel in städtische Trägerschaft, legen - in Abstimmung mit dem mittelfristig gleichfalls von Schließung bedrohten Soziale-Stadt-Büro Mettenhof - ihre Zuständigkeitsgebiete neu fest und passen ihr Aufgabenspektrum den aktuellen Bedürfnissen an;

2.) die "Gaardener Unterstadt", d.h. die **Kai City an der Hörn**, neben gewerblichen Funktionen für das **gehobene Wohnen** entwickelt wird; damit gewinnen wir für Gaarden eine ganz neue, kaufkräftige Klientel, welche die dort vorhandenen Strukturprobleme relativieren hilft;

- 3.) die **Wegeverbindung vom Germaniahafen** über die Gaardener Brücke bis zum Vinetaplatz **komplettiert und attraktiv** ausgestaltet wird; die Begegnung des gründerzeitlichen Quartiers rund um den Vinetaplatz mit der neuen "Unterstadt", aber auch dem Publikum vom Fördeufer kann Gaarden eine ganz neue Identität verleihen, den Stadtteil langsam aber sicher zu einem "In-Viertel" entwickeln;
- 4.) der durch den Ausbau des Norwegenkais verloren gegangene "**Gaardener Balkon**" an anderer geeigneter Stelle **wieder geschaffen wird**, denn der Zugang zur Förde nicht allein über das Hörn-Gelände ist für den Stadtteil Gaarden unverzichtbar;
- 5.) auch der Stadtteil **Ellerbek unmittelbaren Zugang zur Förde** bekommt; wir prüfen, inwieweit dies in Verlängerung des Schwanenseeparks durch Neuordnung des zwischen HDW und Arsenal weitgehend brachliegenden Geländes möglich ist;
- 6.) am Schwentine-Nordufer neben Fachhochschule und Kompassklinik Projekte für gehobenes Wohnen gefördert werden; wir stellen uns dort auch schwimmende Häuser vor;
- 7.) bei einem kompakten GKK-Nachfolgebau auf dem dann nicht für Kohlehalden benötigten Gelände ein neuer **Stadtteil für attraktives Wohnen** und moderne Arbeitsplätze entsteht; damit öffnen wir **Neumühlen-Dietrichsdorf** zur Förde.